

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Wilfried Seibel, Steffen Kampeter, Wilfried Böhm (Melsungen), Helmut Sauer (Salzgitter), Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Günter Klein (Bremen), Eva-Maria Kors, Dr. Ursula Lehr, Walter Link (Diepholz), Meinolf Michels, Bernd Neumann (Bremen), Helmut Rode (Wietzen), Karl Stockhausen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Manfred Richter (Bremerhaven), Günther Bredehorn, Josef Grünbeck, Torsten Wolfgramm (Göttingen), Günther Friedrich Nolting und der Fraktion der F.D.P.

— Drucksache 12/6251 —

Ökologische Sanierung von Werra und Weser

Seit Jahrzehnten leiden Mensch und Natur unter den extrem hohen Salzfrachten von Werra und Weser. Auf die sich durch die Wiedervereinigung ergebende Chance zur nachhaltigen ökologischen Sanierung der beiden Flüsse haben der Bund und die Bundesländer Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen mit ihrem Verwaltungsabkommen vom 30. März 1992 reagiert. Nach diesem Abkommen sollte bis zum Jahr 1995 die Einleitung von Kaliabwässern in Werra und Weser deutlich reduziert und ein mittlerer jährlicher Chloridabstoß von 40 kg/s erreicht werden. Einem Erfolg dieses Sanierungsprogramms kommt erhebliche Bedeutung für die Vorbildfunktion deutscher Umweltpolitik auch im internationalen Kontext zu, da die Weser der einzige der großen deutschen Flüsse ist, der von der Quelle bis zur Mündung allein auf nationalem Territorium fließt.

1. Wie stellte sich die Salzbelastung von Werra und Weser in der Vergangenheit dar, und welche Erfolge konnten seit 1992 durch das Verwaltungsabkommen erzielt werden?

Die Jahresmittelwerte für Chloridfrachten am Pegel Gerstungen (Werra) betrugen im Jahresmittel 1988 226 kg/s und gingen durch Produktionsreduzierungen bis 1991 auf 92 kg/s zurück. Bis August 1993 konnte die Salzbelastung durch die Umsetzung eines Teils der im Verwaltungsabkommen festgelegten Maßnahmen

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 17. Dezember 1993 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

sowie durch weiteren Produktionsrückgang auf ca. 68 kg/s verringert werden.

2. Wie ist der Stand der Umsetzung des Verwaltungsabkommens, und wie bewertet die Bundesregierung ihre Leistungen zur ökologischen Sanierung von Werra und Weser im einzelnen?

Für die Maßnahmen „Kieseritanlage Merkers, Pufferspeicher/Versenkung, Stapelbecken/Leitungen Merkers, Spülversatz Unterbreizbach, Rückstandsaufbereitung Unterbreizbach, Abstoßlaugenleitung Unterbreizbach-Dorndorf“ und „Beweissicherungsprogramm“ wurden Bewilligungsbescheide erteilt. Die Bauvorbereitungen zu diesen Vorhaben sind angelaufen. Die Teilmaßnahme „Stapelbecken/Leitungen Merkers“ steht kurz vor dem Abschluß. Die Inbetriebnahme wird eine Vergleichmäßigung der Laugenabstoßung einleiten.

Zur Frage der Finanzierung wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

3. Welchen Beitrag haben die Bundesländer zur Sanierung von Werra und Weser ergriffen?

Die finanziellen Beiträge der Bundesländer zur Sanierung von Werra und Weser ergeben sich aus den im Verwaltungsabkommen festgelegten Anteilen. Von den Fördermitteln in Höhe von ursprünglich 116,5 Mio. DM, die sich nach Inkrafttreten des Fusionsvertrages zwischen der Mitteldeutschen Kali AG und der Kali und Salz AG auf 61 230 Mio. DM reduzieren werden, übernehmen die beteiligten Bundesländer 45 % und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 55 %. Bis zum 1. Dezember 1993 sind für Baumaßnahmen aus dem unternehmerischen Gesamtkonzept zur Reduzierung der Salzbelastung der Werra 20,209 Mio. DM an Fördermitteln ausgezahlt worden.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung unter ökologischen Gesichtspunkten die Versenkung des bei der Kaliproduktion entstehenden Salzwassers in die poröse geologische Formation des Plattendolomits in ca. 400 bis 600 m Tiefe?

Die unter hydrologischer Kontrolle stattfindende Versenkung von Salzabwasser, z. Z. nur der hessischen Kaligruben, ermöglicht eine Verringerung der Salzbelastung von Werra und Weser. Ohne die Versenkung von Salzabwasser wäre eine Salzfrachterhöhung in Werra und Weser unausweichlich.

Neben der Versenktätigkeit in Hessen beabsichtigt die thüringische Kali-Industrie im Raum Gerstungen einen Pufferspeicher (gelenkte Versenkung durch Ein-/Ausleitung von konzentriertem Salzabwasser) zu errichten. Ein zweiter großtechnischer Versuch dazu ist für Anfang 1994 vorgesehen; sein Erfolg ist Bedingung für eine Genehmigung dieses Verfahrens.

Die Bundesregierung vertritt hierzu im Einvernehmen mit den Ländern der Arbeitsgemeinschaft Weser die grundsätzliche Auffassung, daß die Reduzierung der Salzfrachten die wichtigste Maßnahme zur Sanierung der Werra und der Weser darstellt. Darüber hinaus ist ein Konzentrationsausgleich, d. h. die Reduzierung der Chloridkonzentrationen bei Niedrigwasser, aus ökologischen Gründen notwendig. Dies soll durch den Betrieb eines Pufferspeichers geschehen, in dem zu Niedrigwasserzeiten Salzabwasser eingelagert und zu Zeiten hoher Wasserführung Salzabwasser entnommen und in die Werra eingeleitet wird.

5. Sieht die Bundesregierung Chancen, daß zukünftig die Nutzung der Weser als Trinkwasserreservoir möglich sein wird, insbesondere im Hinblick auf Korrosionsschäden in Trinkwasserversorgungsleitungen in Haushalten, Gewerbe und Industrie?

Auch nach Abschluß der Maßnahmen zur Reduzierung der Salzbelastung Ende 1996 werden Trinkwasserentnahmen aus der Werra nicht möglich sein, da auch dann die Geschmacksgrenze überschritten sein wird. Aus der Weser wird dies bezogen auf den Salzgehalt voraussichtlich möglich sein. Dagegen sprechen allerdings hygienische Belange sowie die Belastung mit anderen Stoffen, die dazu führt, daß die EG-Richtlinie „Trinkwassergewinnung aus Oberflächenwasser“ (75/440/EWG) nicht eingehalten werden kann.

6. Erwartet die Bundesregierung positive Rückwirkungen auf den Fremdenverkehr bei Rückgang der Salzbelastung?

Die Salzbelastung hat in der Vergangenheit möglicherweise als psychologischer Hemmfaktor auf den Fremdenverkehr eine negative Auswirkung gehabt, obwohl die Salzbelastung an sich den Fremdenverkehr nicht beeinträchtigt. Im Zuge der jetzt positiven Pressemeldungen dürfte dieser Faktor nunmehr entfallen, zumal der Rückgang der Salzbelastung die Lebensbedingungen für die aquatischen Lebensgemeinschaften verbessert und dadurch die Attraktivität der Flußufer steigt.

7. Welche Auswirkungen auf die Entwicklung der Salzfrachten erwartet die Bundesregierung von der beschlossenen Zusammenführung der Kali- und Steinsalzaktivitäten der Mitteldeutschen Kali AG und der Kali und Salz AG in einem Gemeinschaftsunternehmen?

Die beschlossene Zusammenführung der Kali- und Steinsalzaktivitäten der Mitteldeutschen Kali AG und der Kali und Salz AG bewirkt eine Zurückführung der Kalisalzproduktion im Hessisch-Thüringischen Kalirevier. Infolgedessen werden sich die Salzablaugeneinleitungen in die Werra auf 18 kg/s weiter reduzieren.

8. Wie hoch beziffert die Bundesregierung die durch die Salzfrachten im gesamten Verlauf von Werra und Weser an Schiffen, Turbinen, Hafenanlagen u. ä. angerichteten Korrosionsschäden?

Nach einer 1982 veröffentlichten Untersuchung beliefen sich die durch die Salzbelastung im gesamten Verlauf von Werra und Weser verursachten Schäden 1982 auf ca. 60 Mio. DM jährlich.